

Kopf des Tages

# Ist es noch Kunst oder schon Politik?

**Pjotr Pawlenski** Der russische Aktionskünstler räumt mit einem Sexvideo Macrons Pariser Bürgermeisterkandidat aus dem Weg.

**Joseph Hanimann**

Dem Traum, fern von Museen und Darstellungskonventionen die Kunst unmittelbar in Wirklichkeit aufgehen zu lassen, hängen viele an. Der 35-jährige Russe Pjotr Pawlenski ist ein besonders radikaler Vertreter. Mit seinen Initiativen kurvt der Mann mit dem ausgemergelten Gesicht zwischen Politaktion, Selbstinszenierung und sensationeller Selbstverstümmelung. Mit dem auf seiner Internetseite verbreiteten Privatvideo, das angeblich Benjamin Griveaux, Macrons bisherigen Kandidaten für die Pariser Bürgermeisterwahl, beim Masturbieren zeigt, hat er eine neue Stufe seines Aktionismus erreicht.

Die Affäre schlägt in Frankreich Wellen der Empörung, nicht gegen den Kandidaten, der sich aus dem Rennen zurückgezogen hat, sondern

gegen den Künstler. Zum ersten Mal kommt hier ein französischer Politiker über eine vom Gesetz nicht strafbare angebliche Moralaffäre zu Fall.

In seinen früheren Aktionen in Russland gegen das autoritäre Regime unter Putin hat Pawlenski vor laufender Kamera seine Gegner geschickt mit ins Happening einzubinden verstanden. Als er sich 2012 nach der Verhaftung der Punksängerinnen von Pussy Riot mit vernähten Lippen und einem Protestschild in Sankt Petersburg aufstellte, konnte die Polizei ihn nicht vernehmen, da er ja nicht sprechen konnte.

Bei der Operation «Fixation» knapp ein Jahr später, wo er sich mit festgenageltem Hodensack auf dem Roten Platz in Moskau niedergelassen hatte, standen die Polizisten ratlos um den nicht festnehmbaren Mann herum.



Vor knapp drei Jahren kam er nach Frankreich, erhielt politisches Asyl und machte weiter.

Mit dem nun in Umlauf gebrachten Video ändern sich die Regeln. Statt des eigenen gemarterten Körpers wird der aus der Privatsphäre entführte Körper eines Politikers ins Rampenlicht gerückt. Das Verfahren des «Kompromat», des kompromittierenden Informationsmaterials, mit dem im russischen Obrigkeitssystem politische Feinde ausgeschaltet werden, hat Pawlenski aufgegriffen und ganz kunstfrei im französischen Wahlprozess gewendet. Der Kandidat Griveaux habe im Wahlkampf mit Familienidylle punkten wollen. Mit dem Video zeige er nun dessen wahres Gesicht, erklärte Pawlenski.

Nicht wegen seines noch radebrechenden Französisch war diese

Erklärung so peinlich, sondern wegen der Plattitüde. Mit der Aussagekraft der zugenähten Lippen hat das nichts mehr zu tun. Alles erscheint fragwürdig und zwielichtig bei dieser Affäre – angefangen mit dem Künstler selbst, gegen den wegen Gewalt mit einem Küchenmesser in der Silvesternacht schon ein Gerichtsverfahren läuft.

Wie das Video in seinen Besitz kam, bleibt unklar. Seine gegenwärtige Lebenspartnerin Alexandra de Taddeo, die am Wochenende zusammen mit ihm wegen Verletzung des Rechts auf Privatsphäre in Untersuchungshaft kam, soll eben jene junge Frau sein, für die das Video ursprünglich bestimmt war. Immerhin etwas funktioniert unverändert in Pawlenskis Kunst: die Einbindung des Publikums in seine Aktion, das per Maustaste aus dem fragwürdigen Happening ein Ereignis machte.

Leserbriefe

## «Ich wünsche ihnen Einsicht»

**Tourismus** Einer gegen 145 Schneekanonen, TA vom 18. 2.

**Ressourcen der Bevölkerung nutzen**

Die Angst ist gross, dass das Dorf einschläft, doch fragt sich ebenfalls, ob ein Skigebiet in niedriger Lage in Zeiten der Klimakrise wirklich längerfristige Vorteile für den Standort bringt. Eine Möglichkeit, den Menschen im Dorf wieder mehr Sicherheit zu geben, bestünde in der Durchführung von Versammlungen der Anwohnerinnen und Anwohner, an denen Bedenken, Chancen und Perspektiven ausgesprochen und abgewogen werden könnten. Denn die Menschen sind nicht machtlos. Ohne Frage wird im Dorf genügend Wissen und Erfahrung vorhanden sein, um eine Entscheidung zu erwirken, die für alle tragbar ist und den Menschen ihre Selbstbestimmtheit zurückgibt. Ein Vorbild könnten die Klimaversammlungen sein, welche im März an verschiedensten Orten in der Schweiz durchgeführt werden.

**Jan Schuller, Bern**

**Kurzsichtiger Lokalegoismus**

Bauer Hans Rhyner in Elm hat es begriffen. Auch wenn er das vielleicht nicht im grossen Zusammenhang unserer Umweltentwicklung sieht. Unsere Gletscher verschwinden langsam, der Meeresspiegel steigt, Insekten

verschwinden usw. Das alles wissen wir und können es nicht mehr aufhalten. Aber was wir noch machen können, ist genau das, was Bauer Rhyner versucht, nämlich seinen kleinen Teil zu pflegen und ihm Sorge zu tragen. Bruno Seiler als Chef der Seilbahnen hingegen will einfach nur noch profitieren, koste es, was es wolle. Es sollte mehr solche Hans Rhyner geben.

**Hans Bader, Richterswil**

**Keine Verschandelung der Natur**

Den Glarnerinnen wünsche ich die Einsicht, dass 145 Schneekanonen die Natur verschandeln, ohne die Klimaerwärmung zu bremsen – und dem Bauern Hans Rhyner wünsche ich die Unterstützung der Umweltverbände und die Kraft, bei seiner Meinung zu bleiben.

**Susanna Rohrer, Dietlikon**

**Korrekt**

Im «Züritipp» wurde am Donnerstag, 20. 2., auf das Spoken-Word-Festival Spoiz im Sogar-Theater für dieses Wochenende (Sa, 22. 2. / So, 23. 2.) hingewiesen. Das Festival findet aber erst in einem Monat, am Sa, 21. 3. / So, 22. 3., statt. Die Redaktion entschuldigt sich. (TA)

## Migrationspakt SVP-Zentrale blamiert eigene Aussenpolitiker, TA vom 20. 2.

**Diffamierung als Ziel**

Unter dem Titel «SVP-Zentrale blamiert eigene Aussenpolitiker» veröffentlichte der «Tages-Anzeiger» einen Artikel über die jüngsten Beratungen der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats. Der rufschädigende Beitrag mit Bild von mir hat das Ziel, mich in einem falschen, negativen Licht darzustellen. Erstens erscheint mein Name im Zusammenhang mit einem Geschäft, für das ich nachweislich überhaupt nicht zuständig war. So wird zwingend der Eindruck erweckt, ich hätte in verantwortlicher Stellung eine Fehlleistung geboten. Zweitens werde ich als einziger Nationalrat namentlich und bildlich vorgeführt, was umso absurder ist, als ich ja für Vorbereitung und Behandlung des

betreffenden Geschäfts gar keine Verantwortung trug. Drittens: Obwohl ich mit Namen und Bild prominent und heftig kritisiert werde, hat mich der Autor des Artikels nie angehört, um die für mich rufschädigenden, falschen Informationen zu verifizieren. Dass der einzige mit Namen und Bild Dargestellte beziehungsweise Kritisierte vor der Publikation wenigstens angehört werden sollte, ist für mich ein grundlegendes Gebot der journalistischen Fairness und Professionalität. Leider missachtet der «Tages-Anzeiger» – was meine Person betrifft – diese von ihm angeblich hochgehaltenen Grundregeln jetzt schon zum wiederholten Mal.

**Roger Köppel, Künsnacht**  
Nationalrat SVP

Gastkommentar

## Der Strom für Elektroautos verursacht kein zusätzliches CO<sub>2</sub>

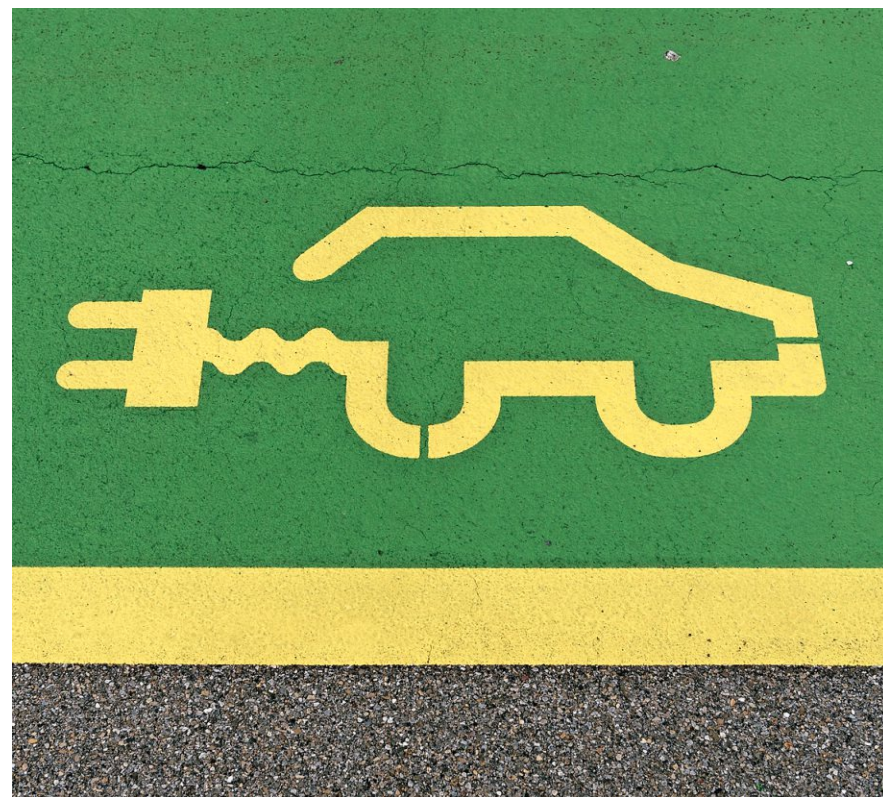
**Beat Hintermann**

Die Vor- und Nachteile von Elektroautos werden heiss debattiert. Die Gegner der Elektromobilität führen zwei Hauptargumente ins Feld: Erstens verbraucht die Herstellung von Batterien, wie sie in Elektroautos verwendet werden, Energie und knappe Rohstoffe. Und zweitens kommt die zusätzliche Kilowattstunde für das Laden der Batterie oft aus einem fossilen Kraftwerk. Wenn dies ein Kohlekraftwerk ist, sind die Emissionen pro Kilometer Elektromobilität möglicherweise sogar höher als mit einem Verbrennungsmotor.

Das erste Argument ist richtig. Wie hoch die graue Energie in der Herstellung und wie nachhaltig die verwendeten Stoffe sind, hängt von der Bauart und der Lebensdauer der Batterie und der Wiederverwendbarkeit der Materialien ab. Das verlangt nach einer regelmässigen Überprüfung mit den neusten Technologien, ist hier aber nicht das Thema.

Das zweite Argument beginnt richtig, endet aber falsch. Es stimmt zwar, dass die sogenannte Grenz-Kilowattstunde in der Schweiz während vieler Stunden des Jahres aus einem fossilen Kraftwerk in Europa stammt (meistens aus Deutschland). Wenn wir in der Schweiz ein zusätzliches Benzinauto mit einem Elektrofahrzeug ersetzen und alle anderen Faktoren konstant halten, wird tatsächlich mehr Strom aus fossilen Quellen generiert. Dies führt aber eben nicht zu höheren Gesamtemissionen.

Der Grund dafür ist das EU-Emissionshandelssystem (EU EHS). In diesem sogenannten «Cap and trade»-System ist die Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen begrenzt. Neben der Schwerindustrie sind alle fossilen Stromkraftwerke in Europa im EU EHS eingebunden. Die Firmen im EU EHS müssen für jede Tonne CO<sub>2</sub>, welche sie im Vorjahr ausgestossen haben, ein Zertifikat abliefern. Zertifikate erhalten sie gratis vom Staat und / oder kaufen sie auf dem Markt. Der zentrale Punkt ist, dass die Anzahl an Zertifikaten fixiert ist, und daher die Gesamtmenge an Emissionen. Firma A kann nur mehr ausstossen, wenn Firma B



Wirklich klimafreundlich: Elektrotankstelle in Zürich. Foto: Christian Beutler (Keystone)

weniger emittiert, und umgekehrt. Man kann innerhalb eines «Cap and trade»-Systems die Emissionen nicht erhöhen, nur verlagern.

Im Klartext: Wenn ein Kohlekraftwerk für das Laden von Elektroautos eine Tonne CO<sub>2</sub> mehr produziert, muss diese Emissionsmenge anderswo im EU EHS eingespart werden. Wenn wir ein Auto mit Verbrennungsmotor mit einem Elektroauto ersetzen, reduzieren wir die Emissionen, welche das herkömmliche Auto ausgestossen hätte. Und zwar, ohne zusätzliche Emissionen durch den Betrieb des Elektroautos zu generieren. Egal, woher der Strom kommt!

Das EU EHS ist nicht zu verwechseln mit Kompensationsmassnahmen im fernen Ausland, über welche man geteilter Meinung sein kann. Und obwohl es durchaus Probleme gibt im EU EHS, welche uns Umweltökonomien auf Trab halten, funktioniert das Grundprinzip einwandfrei: Die Emissionen im EU EHS sind nicht höher als das Cap. Seit diesem Jahr ist die Schweiz übrigens auch Teil dieses Systems.

Wenn alle Sektoren gleich behandelt würden wie die Firmen im EU EHS, könnten wir das Ziel der Emissionsneutralität mit nur leichten Zusatzanstrengungen erreichen. Die erlaubte Emissionsmenge im EU EHS sinkt jedes Jahr um einen bestimmten Prozentsatz. Mit der momentanen Absenkrate von 2,2 Prozent sind wir im Jahr 2060 bei null.

Wenn die Rate auf 3 Prozent erhöht würde, wäre die Nullgrenze schon im Jahr 2050 erreicht. Insbesondere im Verkehrssektor sind wir aber weit von den Zielen der Energiestrategie entfernt. Deshalb ist es wichtig, zu realisieren: Jedes zusätzliche Elektroauto reduziert die Emissionen auf der Strasse, ohne sie anderswo zu erhöhen. Darauf lässt sich aufbauen.



**Beat Hintermann**  
Professor für öffentliche Finanzen an der Universität Basel.